

TAGUNGEN

Die Planung der europäischen Energiewirtschaft

Die Koordinierung der Energiewirtschaft Europas war das Hauptthema der *Februar-tagung des Europäischen Parlaments* in Straßburg. Nachdem schon früher darüber eine Grundsatzdebatte stattgefunden hatte, ging es jetzt um die Ausarbeitung konkreter Richtlinien für eine planmäßige Energiepolitik innerhalb der Sechs. Da traten denn auch die Interessengegensätze zwischen den traditionellen Bergbauländern und dem rohstoffarmen Italien zutage, das seine Industrie stark auf amerikanische Kohleneinfuhren und auf eine wachsende Verwendung von Erdöl stützt. Seit der Steinkohlenbergbau unter Absatzschwierigkeiten leidet, die nicht zuletzt auf das Vordringen des Erdöls als Energieträger zurückzuführen sind, mußte dieser Interessengegensatz um so deutlicher werden, als Italien ja neuerdings auch als Exporteur von Erdöl in die anderen Länder der Gemeinschaft auftritt.

So wurde das Straßburger Parlament zum Schauplatz einer heftigen Diskussion. Während die Vertreter der übrigen fünf Länder sich für eine mehr oder minder planwirtschaftliche Übergangsregelung einsetzten und damit auch im zuständigen Ausschuß eine klare Mehrheit erzielt hatten, setzten die Italiener bürgerlicher Richtung alles daran, die Energiewirtschaft zu liberalisieren, und nahmen sämtliche Anträge wieder auf, die bereits im Ausschuß abgelehnt worden waren. Der Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein. Die EntschlieÙung, die zur Annahme gelangte, erklärt einleitend ausdrücklich, daß die volle Liberalisierung der Energiewirtschaft in den Ländern der EWG ebensowenig möglich ist, wie sie sich in den übrigen Ländern der freien Welt als unmöglich erwiesen hat, und besteht auf der Sicherheit der Beschäftigung in der Kohlenindustrie und auf der Sicherung der Versorgung. Eine Harmonisierung des Wettbewerbs sei bisher noch nicht erfolgt. Eine gemeinsame Handelspolitik sei beschleunigt durchzuführen. Für Importkohle sollten harmonisierte und periodisch zu überprüfende Zölle und Kontingente festgesetzt werden. Empfohlen werden Subventionen aus Mitteln der Gemeinschaft, teils zur Sicherung der Versorgung, teils zur Rationalisierung des Bergbaus und gegebenenfalls für die Umschulung etwa freierwerdender Arbeitskräfte. Deren soziale Lage sollte auch berücksichtigt werden, wenn die Kohlenförderung nach dem Grad der Wirtschaftlichkeit ausgerichtet wird. Eine Kontingentierung oder Erschwerung der Einfuhr von Erdöl wird nicht direkt vorgeschla-

gen, aber eine handelspolitische Regelung angeregt, innerhalb deren das Angebot der Erdölzerzeugnisse an die zunehmende Energienachfrage angepaßt, gleichzeitig aber auch auf die Sicherheit der Beschäftigung im Kohlenbergbau hingewirkt wird. Dazu empfiehlt man den stärkeren Einsatz von Kohle bei der Stromerzeugung und in Sammelheizwerken. Die Investitionen auf dem Energiesektor sollen der künftigen Entwicklung, auch auf dem Gebiete der Kernenergie, angepaßt werden.

Die EntschlieÙung enthält deutlich die Merkmale eines Kompromisses und läßt manche Fragen offen, sie entspricht aber im ganzen doch den Vorstellungen, wie sie für die IG Bergbau und Energie von *Walter Arendt* vorgetragen wurden. Damit ist die Grundlage für ein *Energieprogramm* gelegt, das nun die Kommission der EWG auszuarbeiten hat.

Angenommen wurde ein Vorschlag, die Einfuhr von *Reis* ähnlich wie diejenige von Getreide einem System der Abschöpfungen und Marktregelung zu unterwerfen, obwohl von sozialistischer Seite gegen die damit verbundenen Nachteile für die Verbraucher Einwände geltend gemacht wurden. Hier setzten sich gerade die Italiener, die beim Erdöl so liberalistisch waren, für die planwirtschaftliche Regelung ein.

Zur *Konjunkturpolitik* fordert das Europäische Parlament die auch von der Kommission vorgeschlagene Aufstellung von jährlichen Wirtschaftsbudgets als Grundlage einer echten Aktivität auf diesem Gebiet. Es verlangt weiter eine Bestandsaufnahme und Bewertung der verschiedenen Arten der Lohnpolitik, der Bedeutung der Nachfrage nach Investitionsgütern und der Auswirkungen oligopolistischer Marktstrukturen, um so Ausgangspunkte für die *Lohn- und Preispolitik* und ihre Neuorientierung zu erhalten.

Zu erwähnen ist auch die tätige Teilnahme des Europäischen Parlaments an den schweren *Katastrophen*, die Deutschland in den Wochen vorher getroffen hatten. Die Montanunion hat neben einer hohen materiellen Zuwendung sofort Schritte zur Nachprüfung der Ursache des Grubenunglücks an der Saar gemacht und wird, wie sie durch ihren Sprecher *Heinz Potthoff* versichern ließ, verstärkt um die Erhöhung der Sicherheit in den Bergwerken bemüht sein. Zu der Hochflutkatastrophe in Norddeutschland nahm das Parlament einstimmig einen Antrag des Abgeordneten *Kalbitzer* an, der die Gemeinschaft, im besonderen auch die Investitionsbank, auffordert, Hilfsmaßnahmen zum Wiederaufbau der Katastrophengebiete zu ergreifen, sowie den Wirtschafts- und Finanzausschuß beauftragt, sofort Erwägungen anzustellen, in welcher Weise die Folgen der Naturkatastrophe in den Küstenländern überwunden werden können.

Artur Saternus